

# Statement zum drogenpolitischen Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen

Die Bremer CDU hat in jüngster Vergangenheit ein drogenpolitisches Positionspapier unter dem Titel „Ausstiegsräume statt Konsumräume“ verfasst. Dieses Papier trifft Aussagen zur Arbeit und dem Klientel der Comeback gGmbH, die fachlich falsch und negativ konnotiert sind. Wir empfinden dieses Papier als populistisch und in höchstem Maße stigmatisierend bezüglich schwerstkranker Menschen. Aufgrund der vielen unbelegten, sowie fachlich falschen Aussagen, unternehmen wir mit diesem Statement entlang der Fakten, den Versuch einer Klarstellung.

Die Comeback gGmbH hat von der Gesundheitsbehörde den Auftrag ihre Leistungen an Menschen zu adressieren, die illegalisierte Substanzen gebrauchen. Viele dieser Menschen tun dies vor dem Hintergrund einer Abhängigkeitserkrankung. Kranke Menschen benötigen generell Hilfe und Unterstützung.

Sucht ist eine schwere und zumeist chronisch verlaufende Erkrankung. Chronisch insofern, als dass die Betroffenen zumeist mehr als eine Konsumphase in ihrem Leben aufweisen. Das bedeutet, die meisten chronisch suchtkranken Menschen unternehmen viele Versuche der Abstinenz, diese können scheitern, kurzzeitig oder längerfristig gelingen. Ein erneuter Rückfall, das heißt der Konsum von illegalisierten Substanzen passiert nach einer stabilen Phase immer wieder. Es ist jedoch elementar die Menschen nach ihren ersten gescheiterten Versuchen einer Abstinenz oder Konsumreduktion nicht zu stigmatisieren, sondern weiterhin mit ihnen zu arbeiten, beziehungsweise die Motivation für einen erneuten Versuch aufzubauen und zu stärken. Klient\*innen die sich selbst aufgrund ihrer Vorerfahrungen, der eigenen Frustration oder auch des äußeren Stigmas temporär demotiviert zeigen, benötigen dringend niedrigschwellige fachlich kompetente Unterstützung, um wieder neu motiviert ihren Alltag zu bestreiten. Genau an dieser Stelle setzt niedrigschwellige und akzeptierende Drogenhilfe, wie sie die Comeback gGmbH leistet an. Die Idee, ausschließlich mit hochschwelligem Angeboten, die immer das Ziel der sofortigen Abstinenz vorgeben, zu arbeiten, erscheint daher weit von der Realität entfernt, da es diese Menschen nicht erreicht.

In der Realität zeigt sich, dass Sucht eine schwere chronische Erkrankung ist, welche eine besondere Unterstützung notwendig macht. Häufig durchleben die Klient\*innen nach einem Rückfall verschiedene Phasen; Orientierung, sich im aktuellen Alltag zurecht zu finden, Unzufriedenheiten hin zu einer Veränderungsmotivation zu entwickeln, Maßnahmen in Anspruch zu nehmen (wie etwa Entgiftungen, Betreutes Wohnen, Therapien, Arbeitsmaßnahmen, etc.) oder sich nach einem Misserfolg wieder neu zu sammeln. In all diesen Phasen benötigen Klient\*innen verlässliche Unterstützung, um sich zu stabilisieren oder gegebenenfalls eine darauffolgende Phase erreichen zu können oder zu wollen. Menschen also erst dann anzusprechen, wenn sie bereits eine Eigenmotivation zur absoluten Abstinenz entwickelt haben, würde bedeuten dem größten Teil der

chronisch suchtkranken Menschen keinerlei Hilfsangebot zu unterbreiten. Niedrigschwellige Angebote der Drogenhilfe haben vorrangig das Ziel, das Überleben zu sichern, eine Motivation für weitere Schritte aufzubauen oder erhalten zu können und die Sicherung oder Stabilisierung der Lebenslagen der betroffenen Menschen. Drogentodeszahlen zeigen bundesweit eine jährlich ansteigende Tendenz. Dabei wird schnell deutlich, dass zu aller erst die akuten Überdosierungen in den Blick genommen und sofern möglich, verhindert werden sollten.

Hier setzt die Arbeit des Drogenkonsumraums an. Allein im Jahr 2023 haben Mitarbeitende des Drogenkonsumraumes über 46 medizinische Notfälle bearbeitet; kein einziger dieser Notfälle verstarb. Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Menschen ohne diese Intervention schwer geschädigt oder verstorben wären. Der „Nutzen“ dieses Angebotes wird also schon beim reinen Basisangebot schnell sichtbar. Darüber hinaus verhindert die Ausgabe von hygienischen Konsumutensilien, dass Menschen sich mit Infektionskrankheiten anstecken und die damit verbundenen Folgekosten. Allein die Behandlung einer Hepatitis C Erkrankung (welche unter Drogenkonsumierenden signifikant verbreiteter ist als in der Allgemeinbevölkerung) kostet rund 50.000€, welche somit umgangen werden können. Auch die Beratung und Vermittlung vor Ort ermöglicht Menschen Zugang zu Entgiftungen, Notunterkünften, Substitutionsbehandlungen und vielem mehr - Angebote, ohne die das Leben der Menschen um ein Vielfaches schwieriger wäre.

Richtig ist, dass es dem Drogenhilfesystem daran mangelt, weitere Anschlussmaßnahmen anbieten zu können

Es fehlt an:

- Therapieeinrichtungen mit unterschiedlichen Sprachkompetenzen
- Wohneinrichtungen welche schnell und unkompliziert aufnehmen können
- Mehr Entgiftungsbetten, sodass die Wartezeiten verkürzt werden würden
- Möglichkeiten auch unversicherten Menschen ohne Leistungsbezug eine adäquate Hilfeleistung zu ermöglichen
- Diamorphinvergabe als ein gut evaluiertes Mittel der Substitution
- Drugchecking als Instrument zur Selbstermächtigung und der Überlebenssicherung
- aufsuchenden medizinischen und psychiatrischen Hilfen
- Wohnraum, Notübernachtungsplätzen, Schutzräumen
- Fachkräften sowohl im sozialarbeiterischen als auch medizinischen Bereich

Misstände zu bekämpfen wird jedoch nicht durch den Abbau dringend notwendiger niedrigschwelliger Angebote gelingen, sondern durch den systematischen Aufbau weiterer Anschlussmaßnahmen, die mit den bereits bestehenden Angeboten im Sinne eines guten Schnittstellenmanagements abgestimmt werden sollten.

Die „Befreiung von den Drogen“ ist längst gescheitert. Drogen werden selbst bei konsequenter Straffverfolgung ihren Weg ins Land finden, zukünftig vermutlich auch immer mehr in Form von synthetischen Opioiden wie z.B. Fentanyl. Diese hoch potenten, illegalisierten und gefährlichen Drogen sind leider auf dem Markt und es gibt keine realistische Perspektive, dass dieser Zustand beendet werden kann. Menschen die illegalisierte Substanzen konsumieren setzen sich mit ihrer Abhängigkeitserkrankung somit immer größeren gesundheitlichen Risiken aus, bis hin zur akuten Lebensgefahr.

Es ist bestürzend, dass die CDU Bremen, in Zeiten in denen immer mehr Menschen illegalisierte Substanzen konsumieren, Leistungen wesentlichen Bereichen einzustellen.

„Ausstiegsräume statt Konsumräume“ lautet der Titel des Positionspapiers. Eine erstaunliche Forderung vor dem Hintergrund, dass Drogenkonsumräume bundesweit als ein wirksames Mittel der Gesundheitsprävention evaluiert sind. Ebenso erstaunlich die Behauptung der CDU Bremen, die Angebote seien nicht evaluiert. Dass die Maßnahmen grundsätzliche Wirksamkeit zeigen ist bundesweit in zahlreichen Untersuchungen belegt, trotzdem hatte Bremen 2019 explizit eine Machbarkeitsstudie beim Fachbereich Public Health der Universität beauftragt, welche ebenfalls zu dem Schluss kam, dass ein Drogenkonsumraum für die Stadt Bremen längst überfällig und dringend benötigt sei. Als folgerichtige Reaktion auf diese wissenschaftliche Evaluation wurde ein Drogenkonsumraum eingerichtet, welcher seit der Eröffnung am 7.9.20 monatlich in dezidierten Auswertungen evaluiert wird und zum heutigen Stand von über 2.000 verschiedenen Personen aufgesucht wurde. Es werden sowohl tägliche Besuche in der Einrichtung, als auch die Anzahl der Konsumierenden Menschen, sowie die einzelnen Konsumvorgänge zahlenmäßig ausgewiesen. Auch alle anderen Bereiche und Angebote der Comeback gGmbH werden fortlaufend fachlich betreut und in jährlichen Berichten an die zuwendungsgebende Behörde auf die vorgegebenen Ziele der Stadt durch die Zuwendungen hin überprüft und evaluiert.

Alle Projekte der Comeback gGmbH sind somit transparent evaluierbar und weisen ihren deutlichen Mehrwert auch für den Laien in jährlichen Sachberichten dezidiert aus.

Die Comeback gGmbH ist eine wesentliche Akteurin im Drogenhilfesystem, so ist sie selbstverständlich im Bremer Hilfesystem (von anderen Drogen- & Suchthilfeträgern bis hin zur Straffälligenhilfe, der Wohnungslosenhilfe, oder den Kliniken) sowie auch überregional in Bundesweiten Kontexten vernetzt und baut stetig ihre Expertise sowie Vernetzung weiter aus.

Die Baugenehmigung für ein Gesundheits-Zentrum, welches bisherige Projekte wie das Kontakt- und Beratungszentrum, die medizinische Ambulanz, den Ruhe- und Regenerationsort und den Drogenkonsumraum zusammenführt liegt nun endlich vor. So können nach dem Umbau die genannten Angebote in der Friedrich-Rauers-Straße zentralisiert werden.

Viele Zahlen die von der CDU Bremen genannt wurden, entsprechen leider nicht den Tatsachen. So stimmen weder Öffnungszeiten, noch Kosten, oder Angaben zu den Mitarbeitenden mit der Realität überein. In diesem Kontext empfehlen wir unsere Homepage (<https://comebackgmbh.de/>) unter welcher die verschiedenen Projekte dargestellt werden und auch Erreichbarkeiten für konkrete Nachfragen angegeben sind. Hier finden sich zum Beispiel unter anderem Informationen zum Gewaltschutzprojekt, welches eine eigene Café Öffnungszeit ausschließlich für von Gewalt betroffene/bedrohte Frauen anbietet und Vieles mehr.

Das gesamte Team der Comeback gGmbH engagiert sich auf hohem fachlichen Niveau und erfolgreich für chronisch suchtkranke Menschen in Bremen. Menschen, die ein Interesse daran haben unsere Angebote genauer zu verstehen, selbst in Anspruch zu nehmen, oder mit uns über Gesamtgesellschaftliche Aspekte zu sprechen oder zu diskutieren sind herzlich dazu eingeladen mit uns ins Gespräch zu kommen. In diesem Sinne würden wir Sie gerne zu einem Fachlichen Austausch einladen.

Die comeback gGmbH